

# Souveränität versus Religionsfreiheit

Die Verhandlungen des Vatikans mit der DDR während des Pontifikates Pauls VI. **VON KLAUS SCHLUPP**

Souveränität versus Religionsfreiheit. In diesen zwei Schlagworten lassen sich die Interessen der DDR und des Vatikans zusammenfassen. Dem SED-Regime war es ein Dorn im Auge, dass die Bischöflichen Kommissariate in Schwerin, Magdeburg, Erfurt und Meiningen nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin Teil ihrer Mutterdiözesen Osnabrück, Paderborn, Fulda und Würzburg waren. Die herrschenden Kommunisten wollten die DDR als souveränen zweiten deutschen Staat anerkannt wissen. Und dazu gehörte, dass sich von Westen niemand einzumischen hatte, und sei es

auf dem Gebiet der nach Marx absterbenden Religion.

Der Historiker Roland Cerny-Werner analysiert in seiner Dissertation „Vatikanische Ostpolitik und die DDR“, Göttingen 2011 die Ostpolitik der Kurie besonders unter dem Pontifikat Pauls VI. Seine wichtigste Quelle ist der Nachlass des Kardinalstaatssekretärs Agostino Casaroli (1914–1998). Der Italiener war seit 1961 als Sekretär der „Heiligen Kongregation für die außerordentlichen Angelegenheiten der Kirche“ der zuständige Chefdiplomat der Kurie für die Beziehungen zum Ostblock. Mit der Analyse der gut zugänglichen Quellen aus den Regierungs- und Parteibeständen der DDR und der BOK/BBK ergänzt er seine Untersuchung.

Cerny-Werner beleuchtet mit dem Pontifikat Pauls VI. (1963–1978) eine Zeit, in der sich die Interessen der Kurie spätestens seit der Enzyklika „Pacem in terris“ und dem II. Vatikanischen Konzil stärker den Staaten des sowjetischen Machtbereiches zuwandte. Denn bei aller Abgeneigtheit

gegen eine Ideologie, deren Endziel das Verschwinden jeder Religion ist, lebten in diesen Ländern Katholiken, die Seelsorge benötigten. Umgekehrt galt der Vatikan den Ostblockstaaten als potenzieller Verbündeter in der Friedenspolitik, da Friede nach Moskauer Lesart allein vom Osten ausging.

Die Situation in der DDR war für die Kirche im Vergleich zur UdSSR selbst, aber auch zu Ungarn verhältnismäßig günstig. In der Besetzung der Pfarreien und Bischofsstühle war die Kirche frei und auch in der Seelsorge und Caritas hatte die Kirche wesentlich mehr Möglichkeiten als in den übrigen Län-

dern des sowjetischen Machtbereichs. Es gab keine Vakanzen bei Bischofsstühlen, und die flächendeckende Seelsorge war vorhanden. Der freie Kontakt mit Rom war durch den ungehinderten Zugang des Berliner Bischofs nach West-Berlin garantiert.

Dieses galt es allerdings zu sichern, denn es beruhte allein „in einem offensichtlich gegenseitigen, aber jederzeit von staatlicher Stelle widerrufbaren Einverständnis“. Deshalb war es erforderlich, mit dem Regime ins Gespräch zu kommen. Wenn auch aus christlicher Sicht der Kommunismus angesichts der 2000-jährigen Kirchengeschichte nur eine Episode sein konnte und aus kommunistischer Sicht die Religion zum Absterben verurteilt war, es war beides da.

Der Kommunismus hatte sich in den sechziger und siebziger Jahren stabilisiert, und an einen Untergang des Sowjetreiches war nicht zu denken. Von daher musste man ins Gespräch kommen, weniger streng ergebnisorientiert, wie in Verhandlungen der Kirche mit westlichen Ländern üblich, sondern primär, um eine gute Atmosphäre

zu schaffen, aus der dann Ergebnisse resultieren können.

Als Hauptakteure konnten nur der Vatikan und die DDR-Regierung in Frage kommen. Die Bundesregierung in Bonn, die Bischofskonferenzen in Fulda und Berlin und erst recht die CDU/CSU konnten nur begrenzt Einfluss ausüben. DDR-Staatschritten wie die „Berliner Konferenz“ oder die Ost-CDU spielten keine Rolle.

Die Verhandlungen mit der DDR und den anderen Ostblockstaaten war eine Angelegenheit der Weltkirche. „Es war jedoch notwendig, dass der Papst zum Erreichen des Zieles, international wirkungsmächtig zu sein und zu bleiben, seine unangefochten zentrale und absolute Autorität in der katholischen Hierarchie herausstellte und festigte“.

Im Herausheben der Rolle des Papstes und der Kurie als elementarer kirchlicher Verhandlungsführer betont Werner-Cerny eine zentrale Saite, die durch die gesamte Kirchengeschichte schwingt: Kirche kann nur stark sein in der Einheit mit Rom.

Dies galt besonders in der Auseinandersetzung mit den totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts. Denn auch die Führer der beiden deutschen Territorialkirchen, der Münchner Julius Kardinal Döpfner und der Berliner Alfred Kardinal Bengsch, waren selbstverständlich in ihren jeweiligen Koordinaten gefangen. Besonders der Einfluss Kardinal Döpfners und mit ihm der gesamten westdeutschen Kirche vom Zdk bis hin zur CDU/CSU-Opposition auf die Verhandlungsgänge zwischen Vatikan und DDR ging immer mehr zurück. Nichtsdestotrotz war an eine Erfüllung der maßgeblichen DDR-Forderungen, der Errichtung eigener Diözesen, zunächst nicht zu denken, solange die völkerrechtliche Situation ungeklärt war.

Dieses änderte sich mit dem Grundlagenvertrag vom 21. Juni 1973, der letztlich

ursächlich für die Errichtung der Berliner Bischofskonferenz als Territorialkonferenz, die Suspendierung der Jurisdiktionsgewalt der westdeutschen Bischöfe auf dem Territorium der DDR und die daraus resultierende Umwandlung der „(Erz-)Bischöflichen Kommissariate“ in „Bischöfliche Ämter“ mit einem Bischof an der Spitze. Die Errichtung von Diözesen und einer nationalen Bischofskonferenz in der DDR war allerdings aus völkerrechtlichen Gründen nach wie vor undenkbar, da die deutsche Frage noch nicht abschließend gelöst war. Werner-Cerny geht allerdings davon aus, dass Paul VI. am Schluss seines Pontifikates durchaus dazu bereit war, allerdings durch seinen Tod 1978 daran gehindert war. Klarheit kann hier allerdings nur die Öffnung der vatikanischen Archive verschaffen.

Auf das folgende Pontifikat Johannes-Pauls II. geht Werner-Cerny nur sehr kurz ein. Hier vertritt er die These, dass für den polnischen Papst die Situation in seinem Heimatland relevanter als die deutsche Frage war und daher für ihn in Entgegenkommen gegenüber der DDR-Führung in der Frage der Diözesen irrelevant war. Tatsächlich scheint es aber wahrscheinlicher, dass der Pole, der die Realität eines kommunistischen Regimes besser kannte als der Italiener, keine Veranlassung sah, der DDR mehr als nötig entgegenzukommen. Spätestens seit 1985 zeichnete sich der Verfall des Sowjetimperiums ab, sodass Konzessionen nicht mehr sinnvoll waren. Eine endgültige Sicherheit lässt sich aber erst dann erzielen, wenn die Archive des Vatikans zum Pontifikat Johannes-Pauls II. geöffnet sind. Der Gewinn der Arbeit für die Forschung liegt in der gründlichen Auswertung des Nachlasses von Agostino Casaroli,

der Zentralfigur vatikanischer Ostpolitik zwischen 1961 und 1989. Werner-Cerny hat sich durch 25 laufende Meter Akten gearbeitet, aus handschriftlichen Bemerkungen, Mitschriften der Begegnung mit Politikern, Ausarbeitungen, Analysen, Papstbriefen und diversem mehr. Es ist eine Quelle direkt aus dem Zentrum der Kurie, die letztendlich nur durch Zufall den Vatikan verlassen hat und nun in Berdonia und Parma zugänglich ist.

Casaroli war die Schnittstelle zwischen allen Beteiligten, was die Auswertung seines Nachlasses so wertvoll macht und letztlich die These erhärten lässt, dass es Rom aus seiner weltkirchlichen Perspektive immer um das Ganze ging und nicht um die subjektiven Empfindlichkeiten von Ortskirche und Regierungen.

Unschön im Buch ist die konsequente Verwendung der Ulbricht-Abkürzung „BRD“ für „Bundesrepublik Deutschland“ und der grammatisch falsche Ausdruck „das Episkopat“ und auch andere Unsauberkeiten wie etwa „Kommunion“ statt „Erstkommunion“. Hinzu kommt noch die teils unsaubere Zitation. Das unsägliche „a. a. O.“ („am angegebenen Ort“) nötigt den Leser zu unnötigen Suchaktionen. Solche Unvorsorglichkeiten gehören in keine Dissertation. Ärgerlich ist auch das Fehlen eines Personen- und Sachregister. Auch etwas Straffung wäre angebracht gewesen, da sich besonders auf Seiten der DDR vieles wiederholt hat und wesentliche Forderungen gleichgeblieben sind.

„Gewinn der Arbeit liegt in der Auswertung des Nachlasses von Agostino Casaroli“

Roland Cerny-Werner: Vatikanische Ostpolitik und DDR. V & R Unipress, 2011, gebunden, 379 Seiten, ISBN-13: 978-3899718751, EUR 49,90